

Christopher Lockyear von *Ärzte ohne Grenzen* spricht vor dem UN-Sicherheitsrat zur Lage in Gaza

Februar 2024

Frau Präsidentin, Exzellenzen, Kollegen:innen,

Während ich spreche, sind mehr als 1,5 Millionen Menschen in Rafah eingeschlossen. Die Menschen, die gewaltsam in diesen Streifen Land im südlichen Gazastreifen gezwungen wurden, tragen die Hauptlast der israelischen Militärkampagne.

Wir leben in der Angst vor einer Bodeninvasion.

Unsere Ängste beruhen auf Erfahrungen. Vor nur 48 Stunden, als eine Familie um ihren Küchentisch in einem Haus in Khan Younis saß, in dem Mitarbeiter:innen von *Ärzte ohne Grenzen* und ihre Familien untergebracht sind, explodierte eine 120-mm-Panzergranate durch die Wände, entfachte ein Feuer und tötete zwei Menschen, während sechs weitere schwerer Verbrennungen erlitten. Fünf der sechs Verletzten sind Frauen und Kinder.

Wir haben alle Vorkehrungen getroffen, um die 64 humanitären Mitarbeiter:innen und ihre Familienangehörigen vor einem solchen Angriff zu schützen, indem wir die Kriegsparteien über den Standort informiert und das Gebäude deutlich mit einer *Ärzte ohne Grenzen*-Flagge gekennzeichnet hatten.

Trotz unserer Vorsichtsmaßnahmen wurde unser Gebäude nicht nur von einer Panzergranate, sondern auch von heftigem Geschützfeuer getroffen. Einige waren in dem brennenden Gebäude eingeschlossen, und durch die Schießerei konnten die Krankenwagen sie nicht erreichen. Heute Morgen sehe ich mir Fotos an, die das katastrophale Ausmaß der Schäden zeigen, und ich sehe Videos von Rettungsteams, die die verkohlten Leichen aus den Trümmern bergen.

Die israelischen Streitkräfte haben unsere Konvois angegriffen, unsere Mitarbeiter:innen festgenommen und unsere Fahrzeuge mit Bulldozern beschossen, und Krankenhäuser wurden bombardiert und überfallen. Jetzt wurde zum zweiten Mal eine unserer Unterkünfte angegriffen. Dieses Muster von Angriffen ist entweder vorsätzlich oder ein Zeichen für rücksichtslose Inkompetenz.

Unsere Kollegen:innen in Gaza haben Angst, dass sie, während ich heute zu Ihnen spreche, morgen bestraft werden.

Frau Präsidentin, jeden Tag werden wir Zeugen:innen unvorstellbaren Grauens.

Wie so viele waren auch wir entsetzt über das Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober, und wir sind entsetzt über die Reaktion Israels. Wir fühlen den Schmerz der Familien, deren Angehörige am 7. Oktober als Geiseln genommen wurden. Wir fühlen den Schmerz der Familien der willkürlich Inhaftierten aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland.

Als humanitäre Organisationen sind wir entsetzt über Gewalt gegen Zivilisten:innen.

Tod, Zerstörung und Vertreibung sind das Ergebnis militärischer und politischer Entscheidungen, die das Leben der Zivilbevölkerung eklatant missachten.

Diese Entscheidungen hätten auch ganz anders getroffen werden können - und können es immer noch.

138 Tage lang waren wir Zeugen:innen des unvorstellbaren Leids der Menschen in Gaza. Seit 138 Tagen tun wir alles, was wir können, um sinnvolle humanitäre Hilfe zu leisten.

138 Tage lang haben wir die systematische Auslöschung eines Gesundheitssystems beobachtet, das wir seit Jahrzehnten unterstützt haben. Wir haben zugesehen, wie unsere Patienten:innen und Kollegen:innen getötet und verstümmelt wurden.

Diese Situation ist der Höhepunkt eines Krieges, den Israel gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens führt.

Ein Krieg der kollektiven Bestrafung,

Ein Krieg ohne Regeln,

Ein Krieg um jeden Preis.

Die Gesetze und Grundsätze, auf die wir uns gemeinsam stützen, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen, sind inzwischen so weit ausgehöhlt, dass sie bedeutungslos geworden sind. Frau Präsidentin, die heutige humanitäre Reaktion im Gazastreifen ist eine Illusion - eine bequeme Illusion, die die Behauptung aufrechterhält, dass dieser Krieg im Einklang mit dem Völkerrecht geführt wird.

Rufe nach mehr humanitärer Hilfe wurden in diesem Saal laut.

Doch in Gaza haben wir jeden Tag weniger - weniger Platz, weniger Medikamente, weniger Lebensmittel, weniger Wasser, weniger Sicherheit.

Wir sprechen nicht mehr von einer humanitären Aufstockung, sondern davon, wie man auch ohne das Nötigste überleben kann.

Heute wird im Gazastreifen eher zufällig, opportunistisch und völlig unzureichend Hilfe geleistet.

Wie können wir lebensrettende Hilfe in einem Umfeld leisten, in dem die Unterscheidung zwischen Zivilisten:innen und Kämpfern:innen nicht beachtet wird?

Wie können wir irgendeine Art von Reaktion aufrechterhalten, wenn medizinisches Personal ins Visier genommen, angegriffen und verleumdet wird, weil es den Verwundeten hilft?

Frau Präsidentin, Angriffe auf die Gesundheitsversorgung sind Angriffe auf die Menschlichkeit.

Im Gazastreifen gibt es kein nennenswertes Gesundheitssystem mehr. Das israelische Militär hat ein Krankenhaus nach dem anderen demontiert. Was übrig bleibt, ist so wenig angesichts eines solchen Gemetzels. Es ist absurd.

Als Ausrede wird angeführt, dass medizinische Einrichtungen für militärische Zwecke genutzt wurden, wofür es jedoch keinerlei unabhängig überprüfte Beweise gibt.

In Ausnahmefällen, in denen ein Krankenhaus seinen geschützten Status verliert, muss jeder Angriff den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Vorsorge entsprechen.

Statt sich an das Völkerrecht zu halten, werden die Krankenhäuser systematisch lahmgelegt. Dies hat das gesamte medizinische System funktionsunfähig gemacht.

Seit dem 7. Oktober waren wir gezwungen, neun verschiedene Gesundheitseinrichtungen zu evakuieren.

Vor einer Woche wurde das Nasser-Krankenhaus gestürmt. Das medizinische Personal wurde gezwungen, das Krankenhaus zu verlassen, obwohl wiederholt versichert wurde, dass es bleiben und die Patienten:innen weiter versorgen könne.

Diese wahllosen Angriffe sowie die Art der Waffen und Munition, die in dicht besiedelten Gebieten eingesetzt werden, haben Zehntausende von Menschen getötet und weitere Tausende verstümmelt.

Unsere Patienten:innen haben katastrophale Verletzungen, Amputationen, zerquetschte Gliedmaßen und schwere Verbrennungen. Sie brauchen eine anspruchsvolle Pflege. Sie brauchen eine lange und intensive Rehabilitation.

Mediziner:innen können diese Verletzungen nicht auf einem Schlachtfeld oder in den Trümmern zerstörter Krankenhäuser behandeln.

Es gibt nicht genügend Krankenhausbetten, nicht genügend Medikamente und nicht genügend Vorräte.

Die Chirurgen:innen hatten keine andere Wahl, als Amputationen bei Kindern ohne Betäubung vorzunehmen.

Unseren Chirurgen:innen gehen die einfachen Mullbinden aus, mit denen sie das Verbluten ihrer Patienten:innen stoppen können. Sie verwenden sie einmal, drücken das Blut heraus, waschen sie, sterilisieren sie und verwenden sie für den nächsten Patienten:in wieder.

Die humanitäre Krise im Gazastreifen hat dazu geführt, dass schwangere Frauen seit Monaten keine medizinische Versorgung mehr erhalten. Frauen in den Wehen können keine funktionierenden Kreißsäle erreichen. Sie entbinden in Plastikzelten und öffentlichen Gebäuden.

Die medizinischen Teams haben ein neues Akronym in ihren Wortschatz aufgenommen: WCNSF - verletztes Kind, keine überlebende Familie.

Kinder, die diesen Krieg überleben, tragen nicht nur die sichtbaren Wunden traumatischer Verletzungen davon, sondern auch die unsichtbaren - die der wiederholten Vertreibung, der ständigen Angst und der Tatsache, dass sie mit ansehen mussten, wie Familienmitglieder buchstäblich vor ihren Augen zerstückelt wurden. Diese psychologischen Verletzungen haben dazu geführt, dass Kinder im Alter von fünf Jahren uns sagten, sie würden lieber sterben.

Die Gefahren für das medizinische Personal sind enorm. Jeden Tag treffen wir die Entscheidung, trotz der zunehmenden Risiken weiterzuarbeiten.

Wir sind verängstigt. Unsere Teams sind völlig erschöpft.

Frau Präsidentin, das muss aufhören.

Wir und die ganze Welt beobachten genau, wie dieser Rat und seine Mitglieder an den Konflikt in Gaza herangegangen sind.

Sitzung für Sitzung, Resolution für Resolution hat dieses Gremium es versäumt, sich mit diesem Konflikt wirksam auseinanderzusetzen. Wir haben beobachtet, wie die Mitglieder dieses Rates beraten und verzögern, während Zivilisten:innen sterben.

Wir sind entsetzt über die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, ihre Befugnisse als ständiges Ratsmitglied zu nutzen, um die Bemühungen um die Verabschiedung der offensichtlichsten aller Resolutionen zu behindern: einer Resolution, die einen sofortigen und anhaltenden Waffenstillstand fordert.

Dreimal hatte der Rat die Gelegenheit, für den so dringend benötigten Waffenstillstand zu stimmen, und *dreimal haben* die Vereinigten Staaten ihr Veto eingelegt, zuletzt am vergangenen Dienstag.

In einem neuen Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten wird angeblich ein Waffenstillstand gefordert. Dies ist jedoch bestenfalls irreführend.

Der Rat sollte jede Resolution ablehnen, die die humanitären Bemühungen vor Ort weiter behindert und dazu führt, dass der Rat die anhaltende Gewalt und die massenhaften Gräueltaten in Gaza stillschweigend gutheißt.

Die Menschen in Gaza brauchen einen Waffenstillstand, und zwar nicht, wenn er "durchführbar" ist, sondern jetzt. Sie brauchen einen dauerhaften Waffenstillstand, nicht eine "vorübergehende Ruhephase". Alles, was darunter liegt, ist grob fahrlässig.

Der Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza darf nicht von Resolutionen dieses Rates abhängen, die die humanitäre Hilfe zur Verwischung politischer Ziele instrumentalisieren.

Der Schutz der Zivilbevölkerung, der zivilen Infrastruktur, des Gesundheitspersonals und der Gesundheitseinrichtungen obliegt in erster Linie den Konfliktparteien.

Aber es ist auch eine kollektive Verantwortung - eine Verantwortung, die diesem Rat und seinen einzelnen Mitgliedern als Vertragsparteien der Genfer Konventionen obliegt.

Die Folgen der Ausschaltung des humanitären Völkerrechts werden weit über Gaza hinaus zu spüren sein.

Sie wird unser kollektives Gewissen dauerhaft belasten.

Dies ist nicht nur eine politische Untätigkeit, sondern auch eine politische Komplizenschaft.

Vor zwei Tagen wurden Mitarbeiter von *Ärzte ohne Grenzen* und ihre Familien an einem Ort angegriffen, von dem man ihnen sagte, dass er geschützt sei, und sie starben.

Heute sind unsere Mitarbeiter wieder im Einsatz und riskieren erneut ihr Leben für ihre Patienten:innen.

Was sind *Sie* bereit zu riskieren?

Wir fordern den Schutz, den das humanitäre Völkerrecht verspricht.

Wir fordern von beiden Parteien einen Waffenstillstand.

Wir fordern den Raum, um die Illusion der Hilfe in sinnvolle Unterstützung zu verwandeln.

Was werden Sie tun, um dies zu ermöglichen?

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin.